4. Jahrgang. Nr. 43.

Einzelnummer 50 Pf.

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 50 Pf. Durch Austräger [illegible] Mk. wöchentl., [illegible] Mk. pro Monat. Durch die Post [illegible] Mk. pro Monat. Sprechstunden für die Redaktion: [illegible]. Verlagsgenossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H., Breslau. Postscheckkonto Nr. 31039. — Fernsprech-Anschluß: Ring Nr. [illegible].

Montag, 20. Februar 1922

Anzeigenpreise: Die [illegible] Millimeterzeile oder deren Raum 1.50 Mk., auswärts 1.50 Mk. [illegible] Familiennachrichten, [illegible] 0.50 Mk. Reklame: Die Millimeterzeile, 4 gespalten oder deren Raum im Text [illegible] Mk.

Die Früchte der Erfüllungspolitik.

20000 Eisenbahner sofort entlassen. — Brotpreiserhöhung und kein Ausgleich.

Anläßlich der Ankündigung von einer neuen Erhöhung der Gütertarife ab 1. März heißt es, daß schon für den Haushalt 1922 50000 Eisenbahner weniger vorgesehen sind. Von diesen sollen schon bis zum 1. April 20000 eingespart werden.

Alle Zusicherungen der Regierung, daß keine Maßregelungen vorgenommen werden, sind gebrochen. Die Regierung benutzt den Vorwand der Maßregelung, um die schon lang geplanten, aber bisher abgewehrten Massenentlassungen vorzunehmen. 50000 Eisenbahner, Beamte und Arbeiter, sollen auf die Straße fliegen. 20000 schon bis 1. April.

Die Kreaturen des Hundsfott-Generals suchen, um ihr elendes Handwerk möglichst ungestört zu vollbringen, die Arbeiter gegen die Beamten auszuspielen.

Das „Berliner Tageblatt" betont zunächst, daß nur gegen 500—600 unkündbare Beamte die Kündigung ausgesprochen sei. Entlassungen sind gegen 10—15000 kündbare Beamte ausgesprochen worden. Auf den Druck der Arbeiter und Beamten seien diese Entlassungen rückgängig gemacht worden. Den Nachteil von dieser Wiederherstellung haben, nach dem „Berliner Tageblatt" die Arbeiter. Mindestens 10000 Arbeiter brauchten bis 1. April nicht entlassen werden, wenn die Maßregelungen durchgeführt worden wären.

Die im DEV. organisierten Eisenbahner werden den Scharfmachern nicht den Gefallen tun und sich gegenseitig aufhetzen lassen. Sie werden mit aller Kraft gegen die Erfüllungspolitik der Grönerregierung Front machen.

Das Ergebnis der Vorstandssitzung der Reichsgewerkschaft.

Der Vorstand der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten versendet folgende Mitteilung:

Der erweiterte Vorstand der Reichsgewerkschaft und Anwärter hat in zweitägiger Sitzung zu der aus der Streikbewegung sich ergebenden Sachlage Stellung genommen, insbesondere zur Frage der Disziplinierungen. Aus allen Ländern und Direktionsbezirken lagen Berichte vor über eine wachsende, tiefgehende Erregung infolge der Massenmaßregelungen. Alle Delegierten waren einmütig der Meinung, daß diese Maßnahmen im Widerspruch stehen zu den Versprechungen, die der Reichskanzler Vertretern der Reichsgewerkschaft gegeben hat und die mit zu dem sofortigen Abbruch des Streiks beigetragen haben. Eine zur Klärung der Sachlage entsandte Abordnung wurde vom Reichskanzler im Kanzlerzimmer des Reichstages empfangen und erhielt Zusicherungen, die der erweiterte Vorstand der Reichsgewerkschaft für ausreichend erachtete, um weiter beruhigend auf die Mitgliedschaft wirken zu können. Der erweiterte Vorstand betrachtet die Aktion jedoch erst dann als abgeschlossen, wenn die Frage der Maßregelungen endgültig befriedigend gelöst sein wird.

Im Gegensatz zu irreführenden Sensationsmeldungen wird festgestellt, daß sämtliche Beschlüsse des erweiterten Vorstandes fast einstimmig gefaßt worden sind.

Der Vorstand der Reichsgewerkschaft läßt sich genau wie bei Abbruch des Streiks von Wirth einwickeln, indem er leere Versprechungen inbezug auf die Maßregelungen ernst nimmt. Wenn jetzt der Vorstand der Reichsgewerkschaft nicht sieht was los ist, so wird ihn die allenthalben im Reich steigende Erbitterung gegen die rigorose Maßregelungs- und Schikanierungspolitik der Geheimräte, bald eines anderen belehren.

Inlandsmehl teurer als Auslandsmehl.

Laut „Lokal-Anzeiger" verlangen die Zentralen der Bäckereiverbände und Genossenschaften in einer Eingabe an das Reichsernährungsministerium und die Reichsgetreidestelle, daß die Einfuhr von Auslandsmehl vorübergehend freigegeben wird. Sie begründen die Forderung damit, daß in Berlin Auslandsmehl bei einem Stande des Dollars zu 200 Mark etwa 1250 bis 1350 Mark koste, während deutsche Qualitätsmehle mit 1400 Mark und darüber angeboten werden.

Die Wirth-Rathenausche Erfüllungspolitik hat ein Hauptnahrungsmittel, das Brot, um 75 Prozent teurer gemacht. Als im Reichswirtschaftsrat von Arbeitnehmerseite darauf hingewiesen wurde, daß als Ausgleich für die Brotpreiserhöhung eine 50—75prozentige Lohn- und Gehaltserhöhung durchgeführt werden müsse, erhob sich von bürgerlicher Seite selbstverständlich Widerspruch. Dort wurde behauptet, daß der Brotkonsum nur 8 Prozent der gesamten Lebenshaltungskosten ausmache.

Zunächst ist zu bemerken, daß eine Brotpreiserhöhung von etwa 75 Prozent sich nicht nur auswirkt beim Brot, sondern daß sie umschlägt auf alle Produkte. Des weiteren sind aber alle Arbeitenden schon deshalb schlecht dran, weil wohl die Preise im Durchschnitt gestiegen sind um über das 40fache, die Löhne aber im günstigsten Falle das 20fache der Vorkriegszeit betragen. Aus diesem Grunde ist also eine allgemeine Lohnerhöhung von mindestens 75 Prozent am Platze. Die Herren Arbeitervertreter im Reichswirtschaftsrat verstehen nun wohl platonische Forderungen zu stellen, nicht aber sie durchzusetzen. Das deutsche Wirtschaftsleben wird zurzeit erschüttert von großen wirtschaftlichen Kämpfen. Im Rheinland kämpfen die Metallarbeiter, in Mitteldeutschland die Bergarbeiter, die Werftarbeiter stehen vor dem Kampf. Der Ruf der Kommunisten nach geschlossen geführten Kämpfen ist noch immer nicht genügend befolgt.

Die durch die Brotpreiserhöhung besonders kraß zutage getretene Teuerung kann aber, und dies muß den Arbeitern besonders klar gemacht werden, nicht allein, und nicht in erster Linie durch Lohnkämpfe beseitigt werden.

Der Kampf gegen Teuerung und Verelendung ist ein Glied im Kampfe gegen Wirth und seine Erfüllungspolitik, gegen die unfähige kapitalistische Gesellschaft.

Dieser Kampf wird von den Arbeitern nicht mit Erfolg so lange geführt werden, als bis sie nicht diejenigen ihrer Führer, die aus lauter Angst vor einem diplomatischen Zusammenstoß mit der Entente, in dem Bestreben, der Wirth-Regierung außenpolitisch keine Schwierigkeiten zu machen, alle Schläge und alle Not im Innern ruhig oder schwanzeinziehend hinnehmend, beseitigen.

Solange als bis nicht fußend auf den zehn Forderungen des ADGB. ein Teil der kapitalistischen Raubbeute enteignet wird.

Streik der mitteldeutschen Bergarbeiter.

Die Bergarbeiter lehnten den gestrigen Vorschlag des Mansfeldschen Syndikats-A.-G., die Streitigkeiten dem Schiedsgericht zu unterbreiten, ab. Der Streik hat heute nachmittag begonnen.

*

Der Kampf des Bergarbeiter-Verbandes geht gegen die geplante Verlängerung der Arbeitszeit, gegen die Lohnkürzungen der jugendlichen Arbeiter und gegen die Unorganisierten. Hier wird der Bergarbeiter-Verband zeigen müssen, ob es ihm um die Herstellung der Einheitsfront der Bergarbeiter ernst ist, er kann es durch den gemeinsamen Kampf mit der Union beweisen.

Die Lohnbewegung der Werftarbeiter.

Freitag nachmittag hat sich in einer Versammlung der Vertrauensmänner bei der Abstimmung auf der Danziger Werft die erforderliche Dreiviertelmehrheit für die Ablehnung des Schiedsspruches ergeben. Hiernach wird mit einem Streik der Arbeiterschaft auf der Danziger Werft zu rechnen sein. Es sollen jedoch heute nochmals Besprechungen in der Angelegenheit stattfinden.

Schweres Schachtunglück in Beuthen.

Im Gräfin Johannaschacht in Bobrek explodierte im Waschraum der Badekessel, als 300 Mann einer Belegschaft das übliche Bad nahmen. Von dem umherspritzenden siedenden Wasser wurden 52 Bergleute verletzt. Einer ist gestorben. Sieben erlitten schwere Verbrühungen, 44 wurden leicht verletzt.

Die USP. am Scheidewege.

Joseph Wirth hat gesiegt. Mit 220 gegen 185, mit 35 Stimmen über die absolute Majorität hat er als erster aller parlamentarischen deutschen Ministerpräsidenten ein positives Vertrauensvotum heimgetragen. Joseph Wirth hat gesiegt! Hilferding, der rechte Flügel der USPD-Führerschaft, verhalf ihm dazu. Die deutsche Arbeiterschaft hat die parlamentarische Schlacht verloren.

Die nüchternen Abstimmungszahlen zeigen klar, daß es die Mannen Hilferdings gewesen sind, die [illegible] geholfen haben. Trotz des Beschlusses der Fraktion, Wirth das Vertrauen zu verweigern, haben 12 unabhängige Abgeordnete, darunter Breitscheid und der „Freiheits"-Redakteur Heß, den Saal vor der Abstimmung verlassen, während 14 andere unabhängige Abgeordnete es vorgezogen haben, überhaupt nicht im Reichstag zu erscheinen. Hätten diese 26 die für jede proletarische Partei selbstverständliche Fraktionsdisziplin gehalten, so wäre die Regierung Wirth gefallen. Ihre Mehrheit, wenn sie eine solche überhaupt noch erhalten, wäre so schwach gewesen, daß sie hätte abtreten müssen.

So bleibt Joseph Wirth mit seinem Kabinett. Er bleibt — immer wieder müssen die deutschen Arbeiter und Beamten es sich klar machen —, weil ein Teil der USP. es so gewollt hat.

Es bleibt das Kabinett der Ebert-Verordnung vom 1. Februar, es bleibt das Kabinett des schamlosen Wortbruchs gegen die Eisenbahner und der Maßregelungen. Es bleibt das Kabinett des Steuerkompromisses gegen die ganze arbeitende Bevölkerung, das Kabinett des Massenelends und der Teuerung, von dem selbst Crispien, der sich so gern, selbst für Wirth gestimmt hätte, erklären mußte: Die ganze Politik der rechtssozialistischen Koalitionsregierung ist in der Steuerfrage, in der Frage der Ernährung, in der Innenpolitik so, wie sie sich die Stinnespartei gar nicht besser schaffen könnte.

Es bleibt aber auch die untrennbare Einheit mit dieser arbeiterfeindlichen Innenpolitik das Kabinett, das als Agent der englischen imperialistischen Regierung Genua gegen Sowjetrußland, gegen die Arbeitenden aller Länder vorbereitet. Alle Außenpolitik der Wirth-Regierung ist und bleibt arbeiterfeindlich, wie ihre Innenpolitik, mögen selbst radikale USP.-Leute immer noch versuchen, hier Unterschiede herauszudestillieren, um die Schaukelpolitik ihrer Partei zu rechtfertigen. Gerade das muß festgestellt werden, schon weil auch Crispiens und Dittmanns scharfe Worte gegen Wirth hier wieder Verwirrung anzurichten bestimmt sind. Es gibt auch in der auswärtigen Politik des Kabinetts Wirth keine Hintertüren, durch die heute eine proletarische Partei entschlüpfen könnte, um einer klaren Entscheidung gegen jede bürgerliche Koalitionspolitik auszuweichen. Das Cannes der Vergangenheit und das Genua der Zukunft ist Rathenau. Rathenau ist das Steuerkompromiß mit Stinnes und der deutschen Volkspartei, ist Brotpreiserhöhung, ist Raub des Streikrechts und des Achtstundentages, ist Ausbeutung und Kolonisierung Rußlands durch ein Konsortium des internationalen Kapitals, dessen Büttel und Agenten die deutschen Industriekapitäne sein wollen und sollen. So ist der Kreis geschlossen. Die Koalitionsregierung ist als Regierung der Reaktion festgestellt.

„Diese Regierung gegen das Proletariat", um Crispiens Worte im Reichstag zu gebrauchen, haben Hilferding und Breitscheid geschützt. Sie sind die tatsächlichen Teilhaber der Koalitionspolitik — ohne selbst auch nur den Schein eines Vorteils für die auf die Straße geworfenen Eisenbahner, für das Proletariat im ganzen, als Dank für ihre Rettungsaktion erhalten zu haben.

Der Bruch in der USP. ist offenkundig. Wenn trotz Fraktionsbeschlusses 26 Abgeordnete, darunter die für die Politik der Partei Tonangebenden, in einer für das Proletariat Deutschlands derartig entscheidenden Frage, wie die Unterstützung des Kabinetts Wirth, sich nicht fügen, so hat sich damit die USP. als geschlossene Partei, als eine Kampfpartei der Arbeiterschaft ausgeschaltet. Wir stellen das fest, nicht in hämischer Schadenfreude gegen die, die uns Parteiegoismus, den Kommunisten Spaltung und Verwirrung vorwarfen, als sie in schweren [illegible] zur geschlossenen Kampfpartei sich durchrangen. Wir stellen es fest, weil wir die Tatsache bedauern, daß in einer Zeit, in der die deutsche Arbeiterklasse entschlossener proletarischer Parteien mehr denn je bedarf, die USPD-Arbeiter [illegible] wenige Wochen aus dem Kampf [illegible] und die Disziplinlosigkeit ihrer rechten Führer erneut ausgeschaltet werden.

Es ist ja klar, daß die Kämpfe der Arbeiter- und Bauernmassen gegen die Verelendung und Aushungerung, gegen die kapitalistische Erfüllungs- und Wiederaufbaupolitik Wirths, Rathenaus und Groeners, nicht mit dem Eisenbahnerstreik und dem Vertrauensvotum zu Ende sind. Sie beginnen erst. Die Ursachen, die zur ersten Entstehung der Massen gegen die Wirth-Politik geführt haben, werden jetzt, da Wirth durch das Vertrauensvotum für kurze Zeit freie Hand für seine Steuerpolitik gegen die Arbeiterklasse hat, sich verschärft auswirken. Neue schwere Kämpfe stehen den Arbeitern, Beamten und Angestellten bevor.

Darum wäre es ein noch schändlicherer Betrug an den Arbeitern, als der von den rechten Führern der USPD. verübte, wenn die Unabhängigen als Partei sich den Disziplinbruch der Führer gefallen ließen. Es geht im Interesse des ganzen deutschen Proletariats nicht an, daß Dittmann und Crispien im Reichstag radikale Erklärungen für die Arbeiterregierung abgeben, während die sich tatsächlich auswirkende Politik ihrer Partei die Unterstützung der Steuerpolitik ist. Es geht nicht an, daß ohne sofort vom Unwillen der Mitgliedschaft hinweggefegt zu werden, die Redaktion des Hauptorgans der USPD., der Berliner „Freiheit", [illegible] gegen den Fraktionsbeschluß der Partei schreiben kann: „Es braucht nicht verschwiegen zu werden, daß in unserer Fraktion eine Minderheit für Stimmenthaltung eintrat." Und wenn sie ein Wort des Tadels übrig hat: . . . „daß die Reihen der Opposition im Reichstag stärkere Lücken aufwiesen." Diese Politik der doppelten Buchführung ist ein Verbrechen an der Arbeiterschaft.

Darum müssen die Arbeiter der USPD. nach dem Rechten sehen, wenn sie nicht als revolutionärer Faktor ausgeschaltet werden wollen.

Politische Uebersicht.

Verwertung der Kirchenschätze für die Hungernden.

Das Präsidium des Ukrainischen Zentralexekutivkomitees hat den Volkskommissar für Justizwesen, [illegible], beauftragt, die Frage der Heranziehung der Kirchenschätze für die Linderung der Hungersnot bei der nächsten Sitzung des Präsidiums des Ukrainischen Zentralexekutivkomitees zur Sprache zu bringen.

Am 7. Februar fand in Nishnij-Nowgorod eine Kirchenversammlung statt. Bei dieser Versammlung wurde die Frage der Verwertung von Kirchenschätzen für die Linderung der Hungersnot geprüft. Der Erzbischof von Nishnij-Nowgorod, Jewdokim, wies darauf hin, daß die Geistlichkeit sich bei der Linderung der Hungersnot wenig beteiligt habe. Er forderte die Versammlung auf, den Hungernden [illegible] Hilfe zu erweisen. Die Versammlung beschloß, daß sämtliche Kirchen und Klöster von Nishnij-Nowgorod die Gold- und Silbersachen abzuliefern haben.

Immer wieder Kommunistenverfolgungen.

In München, der Hochburg der reaktionären Mörderorganisationen wurde unser Landsekretär Genosse Joseph Schwarz verhaftet. Wegen Beihilfe zum Hochverrat soll ihm der Prozeß gemacht werden. Während deutschnationalen Verbrechern und Mördern nichts geschieht, oder, wenn sie wirklich durch die Ungeschicklichkeit eines untergeordneten Beamten hinter Schloß und Riegel kommen, mit einer lächerlich geringen Bestrafung und nachfolgender Befreiung davonkommen, geht man gegen Kommunisten ganz anders vor. Immer und wieder muß der Ruf der gesamten Arbeiterschaft erschallen: Heraus mit allen politischen Gefangenen.

Wie die Wirth-Regierung die Beziehungen zu Sowjetrußland pflegt.

Die bürgerliche Presse teilt mit: „Der bisherige deutsche Gesandte in Georgien Ulrich Rauscher ist nach Deutschland zurückgekehrt. Bekanntlich ist bald nach seinem Eintreffen auf seinen Posten die selbständige sozialistische Republik Georgien von den bolschewistischen Truppen besetzt worden, und allen Protesten aus allen Kulturländern zum Trotz bis heute nicht geräumt worden. Mit der Regierung mußten auch die diplomatischen Vertreter das Land verlassen". Diese Mitteilung bedeutet ein klägliches Armutszeugnis für Herrn Walter Rathenau. Solange in Georgien die Menschewiken am Ruder waren, erfreute sich dieser Staat der Anerkennung durch die deutsche Regierung und der Anwesenheit eines richtig gehenden deutschen Gesandten. Nachdem aber die Arbeiter und Bauern in Georgien die Macht aufrichteten, dachte Herr Rauscher in dem bolschewistisch verseuchten Land nicht mehr weilen und er fuhr nach Deutschland zurück. Anstatt diese einzige Gesandtschaft aufrecht zu erhalten, die Deutschland bei einer Sowjetrepublik gehabt hätte, billigt es Herr Walter Rathenau, daß Sowjet-Georgien wie eine politische Peripherie von den hohen deutschen Diplomaten gemieden wird. Mit solcher Kleinigkeitskrämerei will die Wirth-Regierung die Beziehungen Deutschlands zum Osten pflegen!

„Bolschewistenherrschaft in aller Kürze abschaffen."

Während des Streiks der Beamten und Arbeiter der Eisenbahnen und städtischen Werke versandte der „Brandenburgische Landbund" an seine angeschlossenen Verbände ein Rundschreiben, in dem es in Punkt 2 heißt:

„Die Behauptung, daß [illegible] Bolschewisten sich zurzeit in Berlin aufhalten, ist unberechtigt; [illegible] der Streikenden gegen Staat und Volk [illegible] Plan [illegible] Organen [illegible]. Die [illegible] Berliner [illegible] die [illegible] des Generalstreiks.

Der Brandenburgische Landbund [illegible] Verbände [illegible] Volk und Staat [illegible] Bolschewistenherrschaft in aller Kürze abzuschaffen."

Wir begreifen, daß den brandenburgischen Landbundführern die [illegible] im [illegible] einen „großzügigen" [illegible] sehen. Denn der Brandenburgische Landbund unter „Bolschewistenherrschaft" versteht: Errichtung des Staates der Arbeiter und Arbeitnehmer, dann sind die großagrarischen Landbündler, die die Lebensmittel verteuern, dem arbeitenden Volk alle Abgaben aufbürden, die, gemeinsam mit den Industriekapitalisten, auf die Entlassung von [illegible] Eisenbahnern drängen, die Verlängerung der Arbeitszeit fordern, die den städtischen und ländlichen Arbeitern das Streikrecht zu entziehen suchen, herum, dann sind diejenigen, die das arbeitende Volk knechten und knechten wollen in nie geahnter Weise, die treibende Kraft für diesen proletarischen Staat.

Unseren Genossen und Genossinnen wird das Rundschreiben des Brandenburgischen Landbundes erneut ein Ansporn sein, den Klassenkampf aufs Land zu tragen.

Die Arbeiter haben es im Arbeitshaus besser.

Im Schweriner Landtag wurden dieser Tage Gesetzentwürfe über den Unterstützungswohnsitz, das Landarmenhaus und das Landarbeitshaus beraten. Das Mecklenburger Arbeitshaus zu Güstrow ist weit über die Grenzen Mecklenburgs berüchtigt. Der Gesetzentwurf über den Unterstützungswohnsitz regelt die Unterbringung ausländischer Arbeiter im Arbeitshaus, der andere Gesetzentwurf die gleichen Möglichkeiten für die einheimische Arbeiterschaft. Bei den Kommissionsberatungen war beschlossen worden, die Worte „Armenhaus" durch „Armenfürsorge" zu ersetzen. Unser Genosse [illegible] kennzeichnete diese Heuchelei und verlangte, man solle wenigstens die Dinge beim rechten Namen nennen.

Dem trat der Fraktionsvorsitzende der Sozialdemokraten im Schweriner Landtage, Mollmann, entgegen und schilderte den Segen des Armenhauses. Dabei verstieg er sich zu folgender Meinung:

„Die Arbeiter haben es im Arbeitshaus vielfach bedeutend besser als zu Hause.

Diese schamlosen Worte, die tatsächlich den Zustand unserer sozialen Republik in ihrer ganzen Erbärmlichkeit bloßlegen, dürfen die Arbeiter nicht vergessen. Diese Worte aus dem Munde eines Sozialdemokraten, sollten als Sinnspruch gedruckt, in der Wohnung eines jeden Arbeiters hängen.

Zwei Jahre Mord.

Unser Bruderblatt, das „Gothaer Volksblatt", erhält vom Bund „Neues Vaterland" folgende Zuschrift:

Wie erinnerlich, ist eine Broschüre „Zwei Jahre Mord" des Dr. Gumbel, Verlag Neues Vaterland, Berlin, erschienen. Die Abgeordneten Plettner, Hoffmann und Herz hatten nun am 14. September 1921 folgende kleine Anfrage, Nr. 1027, an die Regierung gerichtet:

Herr Dr. Gumbel hat in einer Broschüre „Zwei Jahre Mord" eine Zusammenstellung der politischen Morde seit dem 9. November 1918 der Oeffentlichkeit übergeben. Herr Gumbel stellt fest, daß während dieser Zeit sich die von Rechts begangenen Mordtaten auf 314 belaufen. 26 namentlich aufgeführte Personen stehen unter dem starken Verdacht der Mordbegünstigung oder Anstiftung, 35 namentlich aufgeführte Personen stehen unter dem dringenden Verdacht der Mordausführung. Herr Gumbel stellt weiter fest, daß bis heute noch kein politisches sowie militärisches Mitglied der Kappregierung bestraft wurde, wogegen allein gegen Mitglieder der bayerischen Räteregierung 519 Jahre neun Monate Freiheitsstrafen und eine Anzahl Todesurteile vollstreckt worden sind.

In der Reichstagssitzung vom 5. Juli 1921 hat der Abgeordnete Radbruch obengenannte Broschüre dem Herrn Justizminister überreicht mit der formellen, öffentlichen Aufforderung, den einzelnen Fällen nachzugehen und über das Ergebnis seiner Untersuchung Auskunft zu geben. Die Anfrage lautet:

„Hat die Reichsregierung entsprechend der an sie gerichteten Aufforderung eine Untersuchung der in der Gumbelschen Broschüre aufgeführten Fälle veranlaßt?

Zu welchem Ergebnis hat die Untersuchung geführt?

Was gedenkt die Reichsregierung zu tun gegen die Staatsanwälte und Richter, die unter völliger Außerachtlassung jeder richterlichen Objektivität die Angeklagten freigesprochen oder das eingeleitete Verfahren eingestellt haben?"

Wir erfahren erst jetzt, daß in der Reichstagssitzung vom 30. September 1921 die Regierung darauf folgendermaßen geantwortet hat:

„Die strafrechtliche Verfolgung der Vorfälle, die den Gegenstand der Broschüre „Zwei Jahre Mord" bilden, gehört nicht zur Zuständigkeit von Organen der Reichsjustizverwaltung. Der Reichsminister der Justiz hat aber Veranlassung genommen, die Aufmerksamkeit der Justizverwaltung von Preußen, Bayern und Mecklenburg auf die Broschüre zu lenken. Nach den von diesen eingegangenen Mitteilungen ist in einer Reihe der in der Broschüre angegebenen Fälle ein Verfahren anhängig, in anderen Fällen wird der Inhalt der Broschüre durch die zuständigen Organe der Landesjustizverwaltung einer Prüfung nach der Richtung unterworfen, ob die gemachten Angaben neue Handhaben zu einem strafrechtlichen Einschreiten bieten. Was die in der Anfrage erwähnten, beim Reichsgericht anhängigen Verfahren gegen die an dem Kapp-Unternehmen beteiligten Personen anlangt, so wird bemerkt, daß das Hauptverfahren gegen die Angeklagten v. Jagow und Freiherr v. Wangenheim eröffnet ist und die Hauptverhandlung gegen die Genannten voraussichtlich Ende Oktober d. J. stattfinden wird."

Darauf fragte der Abgeordnete Barth weiter: „Ist die Regierung in der Lage, anzugeben, in welchen Fällen ein Verfahren eingeleitet worden ist?" Der Präsident Loebe aber schnitt die Diskussion ab mit den Worten: „Das Wort wird nicht weiter gewünscht, die Anfrage ist erledigt."

Die Regierung hat also eine Untersuchung über das Buch angestellt und das Resultat ist: sie kann nicht behaupten (was sie doch sicher gern getan hätte), daß auch nur ein einziger der vielen von Gumbel dargestellten Fälle unrichtig sei. Damit gibt sie stillschweigend zu, daß die Behauptungen Gumbels richtig sind: Seit dem 9. November 1918 sind in Deutschland 345 politische Morde von Rechts vorgekommen und keiner ist gesühnt. Auch unter dem jetzigen Reichsjustizminister, Sozialdemokrat Radbruch, der sich doch selbst, als Abgeordneter, auf Grund des Gumbelschen Buches für eine Bestrafung der politischen Morde eingesetzt hatte, ist keines der eingestellten Verfahren neu aufgenommen und kein neues Verfahren eingeleitet worden. Alles bleibt bei den Erwägungen, Prüfungen, „Zuständigkeiten". Kein einziger politischer Mörder von Rechts wird in Deutschland verfolgt, obwohl die Fälle selbst von der Regierung zugegeben werden.

Schlesische Rundschau.

Ein Notschrei aus dem Schweidnitzer Gefängnis.

Ein im Schweidnitzer Gefängnis Inhaftierter bittet uns um Veröffentlichung folgender Zeilen:

„Die Zustände im Schweidnitzer Gerichtsgefängnis sind [illegible]. Die Mittagskost ist ungenießbar, auch mit der [illegible] ist es nicht anders. Ich habe schon oft (und auch andere Mitgefangene) [illegible] in ihren Essen gefunden. Das Abendbrot besteht aus einem halbverdorbenen Salzhering und einem Schlöffel Marmelade. Butter, Fett oder Zucker haben wir hier noch nicht zu Gesicht bekommen. Zeitungen werden uns nicht ausgehändigt, nicht einmal sozialdemokratische, desgleichen werden uns Rauchwaren vorenthalten. Auch in bezug auf Sauberkeit werden wir kolossal vernachlässigt. Unterbeinkleider erhalten wir nur alle 5 Wochen und die Bettwäsche wird gar nur alle 2 Monate gewechselt. Für 2 Mann gibt es wöchentlich ein kleines Schüsseltuch, das durch seine mehrmalige Benutzung am Ende der Woche über und über beschmutzt ist und einen fürchterlichen Gestank verbreitet."

Es scheinen ja köstliche Zustände hinter diesen Kerkermauern zu herrschen. Die Generalstaatsanwaltschaft als Aufsichtsbehörde sollte sich diese Musteranstalt einmal näher ansehen. Sich dabei aber nicht nur bei den Gefängnisbeamten, sondern auch bei den Gefangenen — natürlich ohne Beisein des Gefängnisdirektors — informieren. Uns scheint, daß eine schleunige Abhilfe baldigst nottut.

Die Wölfe in Schafspelzen.

Die Herren Landbündler wollen nun auch den Kreis Neustadt O.-S. mit ihrer christlichen „Dorfgemeinschaft" beglücken und hatten zu diesem Zwecke am 12. Februar das „christliche Landvolk" nach Neustadt zu einer Tagung eingeladen. Während die Besitzer dieser Einladung einigermaßen folgten, waren höchstens 10 Landarbeiter erschienen.

Der erste Landbundredner, Herr Rother-Breslau, versuchte in seinem Referate zu beweisen, daß eine Arbeitsgemeinschaft zwischen Landbund und christlichem Landarbeiterverbande möglich sei. Stegerwald und Behrens hätten wiederholt erklärt, daß die christlichen Gewerkschaften, und mit ihnen auch der Landarbeiterverband, nicht auf dem Boden des Klassenkampfes ständen und unbedingt für den Privatbesitz an Produktionsmitteln eintreten. Herr Rother behandelte ferner das neue Produktionsprogramm des Landbundes, welches vor allen Dingen die Sicherung des Eigentums an Grund und Boden und die Schützung des ländlichen Kapitals voraussetze, und erklärte, das ganze Produktionsprogramm sei ein Fetzen Papier, wenn die Arbeitsleistung nicht erhöht werde. Eine Arbeitsgemeinschaft mit dem Deutschen Landarbeiterverbande sei jedoch aus den angeführten Gründen „noch nicht" (!) möglich.

Hierauf sprach der Bezirksleiter des christlichen Landarbeiterverbandes, Zanona-Breslau. Er gebärdete sich zwar mitunter sehr radikal, indem er z. B. erklärte, er hätte mit den Landwirten noch manches Hühnchen zu rupfen, ließ aber immer wieder, wie z. B. bei der Siedlungsfrage, durchblicken, daß er für die Agrarier sprach. Bei Herrn Zanona ist natürlich der Sozialismus tot, und zwar ist er in Moskau gestorben, aber die Dorfgemeinschaft marschiert. Auch suchte er den Vorwurf des Arbeiterverrats, der ihm auf Grund der Arbeitsgemeinschaft von dem deutschen Landarbeiterverbande gemacht wurde, dadurch zu entkräften, indem er Eberts Antistreikerlaß vorbrachte. Herr Ebert würde sich wohl über den daraufhin erfolgten Ausschluß aus dem Sattlerverbande nicht sehr ärgern. Herr Zanona ermahnte zum Schluß die Agrarier noch, die Landarbeiter doch auch als die Ebenbilder Gottes anzusehen und sie danach zu behandeln.

Rechtsanwalt Gloger-Neiße, Vertreter des Arbeitgeberverbandes, führte den Arbeitsleutemangel auf dem Lande darauf zurück, daß man auf dem Lande nicht mehr die nötige Unterhaltung in Tanzmusiken und Kinos habe. (Der hat die Sache erfaßt.) Nachdem noch Verbandssekretär Haheitel vom Verband der christlichen Landwirte die Arbeitsgemeinschaft über den grünen Klee gelobt hatte, wurde dem ersten Diskussionsredner, Sekretär Schiller von der Zentralleitung des deutschen Landarbeiterverbandes, das Wort erteilt. Aber nur 10 Minuten Redezeit. Dann wurde die Diskussion abgewürgt. Herr Zanona ergriff das Schlußwort und schloß die Versammlung, die ein großes Fiasko für die Dorfgemeinschafts-Agitatoren war.

Landarbeiter, laßt Euch von diesen Wölfen in Schafskleidern nicht für die christliche Dorfgemeinschaft einfangen, denn das ist ein großer Bluff. Die ganze Sache ist ein schlauer Schachzug der Großagrarier, um Euch die Hände zu binden und Euch besser ausbeuten zu können. Sie haben doch früher immer gesagt, ohne Kampf kein Sieg. Und wenn Herr Zanona behauptet, die ohne ihren Willen im christlichen Landarbeiterverbande organisierten Landarbeiter ständen nicht auf dem Boden des Klassenkampfes, so täuscht er sich gewaltig. Wie oft haben christliche Landarbeiter gesagt, man müßte die Junker zum Teufel jagen. Das, was Herr Zanona gesagt hat, ist die Einstellung der Führer, die in der deutschnationalen Partei sitzen und sich den Junkern mit Haut und Haaren verschrieben haben. Deshalb heraus aus der Arbeitsgemeinschaft mit den Junkern und einen Verband gesucht, der wenigstens noch kämpfen will, denn wenn die Junker gutwillig Eure Lage hätten verbessern wollen dann hatten sie bis jetzt Zeit genug.

Aus der Partei.

Quittung für Rote- und Rußlandhilfe.

Allen Genossen und Genossinnen zur Mitteilung, daß die Quittungen über Gelder und Gegenstände für Rote- und Rußlandhilfe allmonatlich nur einmal erfolgen. Das ist notwendig im Interesse einer geregelten Geschäftsführung sowie auch notwendig um Raum zu sparen.

Das Absterben der KPD.

Unsere Genossen in Göllschau bei Haynau hatten am Sonntag den 5. Februar 1922 eine Versammlung für Mitglieder und Sympathisierende einberufen. Genosse Hermann gab einen kurzen Ueberblick über die politische und wirtschaftliche Lage. Dann sprach Genosse Mein, Haynau über organisatorische Fragen. In der Aussprache entschlossen sich die Genossen für Gründung einer Ortsgruppe, einige Neuaufnahmen und Uebertritte von der SPD. wurden gemacht.

Als Vorsitzender wurde Genosse Jäkel gewählt, zweiter Vorsitzender Genosse Rößler, Kassierer Genosse Hartmann, Schriftführer Genosse Weiße, Revisoren die Genossen Wenzel und Marwald. Nachdem Genosse Maier noch die neue Ortsgruppe als junge revolutionäre Kämpfer beglückwünscht hatte, wurden noch einige Zeitungsabonnenten gewonnen.

Somit ist die Befürchtung des Göllschauer Pfaffen und mehrerer Rittergutsbesitzer zur Tatsache geworden, mit der Veränderung allerdings daß es nicht nur ein Grüppchen, sondern schon eine Gruppe geworden ist. Gleichzeitig ist damit auch die SPD.-Lüge, daß die KPD. am Grabe stehe, [illegible]. Dafür steht aber die Ortsgruppe der SPD. in Göllschau in den letzten Zügen. Die Hälfte der SPD.-Genossen ist zu uns übergetreten, das ist ein erfreuliches Zeichen.

Gewerkschafts-Bewegung.

Der kommunistische Gewerkschafter

erschien diesmal als Werbenummer in doppeltem Umfang und besonders reicher inhaltlicher Ausstattung. Wir entnehmen aus dem Inhaltsverzeichnis folgendes:

Erkenntnis oder Irrtum? — Zur Geschichte des Eisenbahnerkampfes. — Vom Beamtenverein zur Kampfgewerkschaft. — Aufruf der RGI. an die deutschen Eisenbahner. — Verstößt ein Streik in Kommunalbetrieben gegen den Sozialismus? — Aus unserer Sammelmappe. — Internationale Arbeiterbewegung. — Amsterdam und die internationale Einheit. — Löhne und Preise in England. — Gewerkschaftliche Auslands-Rundschau. — Aus den Bezirken und Industriegruppen.

Genossen! Sorgt für weiteste Verbreitung dieser Sondernummer! Die Gesamtauflage wurde um mehrere Tausend erhöht und prozentual an die einzelnen Besteller mehr geliefert. Diese überzähligen Exemplare sind mit zu verbreiten, besonders unter Beamten und Eisenbahnern, und zwar zum Preise von 50 Pf. Der Erlös muß möglichst rasch an die Expedition (Verlag Via, Berlin, Planufer 17) eingesandt werden.

Wiederaufnahme der Arbeit im tschechischen Bergbau.

Nach Mitteilungen des Ministeriums für öffentliche Arbeiten stößt die Wiederaufnahme der Arbeit in einzelnen Kohlenbezirken noch auf Schwierigkeiten. Während im Ostrau-Karwiner Revier auf allen Gruben wieder voll gearbeitet wird, haben auf den Karwiner-Larisch-Gruben nur 70 Prozent der Belegschaft die Arbeit wieder aufgenommen. Eine von etwa 15 000 Bergleuten besuchte Versammlung in Orlow hatte am Dienstag beschlossen, über das mit den Unternehmern geschlossene Abkommen schichtweise eine Abstimmung vorzunehmen. Diese Abstimmung fand gestern statt. Ihr Ergebnis ist noch nicht bekannt.

Ein feiner Betriebsrat.

In der Uhrenfabrik von Sölch & Jäckel in Freiburg ist ein Betriebsrat Tschierske, Mitglied der SPD., der in der Tat alle anderen Eigenschaften als die eines Betriebsrates hat. Eine besonders schäbige Rolle hat er anläßlich der letzten Lohnbewegung der Uhrenarbeiter gespielt. Entgegen der Anweisung der Streikleitung, brachte er in der Fabrik ein Plakat an, wonach an dem betreffenden Sonntag gearbeitet werden solle. Dieser „Kollege" ist so demokratisch, daß er die anderen Mitglieder des Betriebsrates gar nicht mehr fragt, sondern allein, ohne Kontrolle, mit den Firmeninhabern verhandelt.

Dieser Tschierske, der so eifrig bei der Vertretung von Unternehmerinteressen ist, vereinbart es mit seinem proletarischen Empfinden, gegen die von der Gewerkschaft herausgegebene Liste zugunsten der hungernden Russen zu propagieren.

Es wird Zeit, daß die Kollegen diesen sauberen Menschen absägen, ihn jedenfalls nicht wiederwählen.

Bergarbeiterversammlung in Lichtenau.

Am Sonntag, den 12. Februar, hielt die Zahlstelle Lichtenau des Bergarbeiterverbandes ihre Monatsversammlung ab. Arbeitersekretär Tschirner sollte über die 10 Forderungen des ADGB. sprechen. Es ist nun leicht verständlich, daß unsere Genossen neugierig waren, was ein strammer Rechtssozialist über die von ihnen vertretenen 10 Punkte sprechen wird. In seinem halbstündigen Referat schnitt Tschirner aber auch nicht eine Forderung an. In der Diskussion betonte Genosse Ceballe, daß er geglaubt habe, der Redner behandle die 10 Punkte des ADGB. Genosse Mai erklärte: wenn man uns verspricht, einen Vortrag über die zehn Punkte zu halten, so soll man dies auch tun, und las darauf die 10 Punkte der Versammlung vor. Der Arbeitersekretär entschuldigte sich darauf damit, daß er über die Gewerkschaften und die deutsche Wirtschaftslage gesprochen habe. Er wolle aber bei Gelegenheit die „Schreier" nach den zehn Punkten schon mit der Nase auf die praktische Gewerkschaftsarbeit stoßen.

Wenn im Zusammenhang mit dieser Versammlung die „Görlitzer Volkszeitung" in hämischer Weise die Genossen angreift, die den Verrat der Sozialdemokraten in der Sachwerterfassung geißeln, und auf der Behandlung dieser Frage bestehen, dann sagen wir ihnen, daß alles Herumreden und alles Schimpfen nichts hilft. Die Erkenntnis, daß ein geschlossener Kampf auf der Basis der 10 Punkte zur Verhinderung weiterer Verelendung notwendig ist, bricht sich trotz alledem Bahn.

Das Wohnungswesen in Sowjet-Rußland.

Von Josef Schneider.

In allen durch den Weltkrieg in Mitleidenschaft gezogenen Ländern ist die Wohnungsfrage eine der wichtigsten Fragen geworden, die man überall auf verschiedene Art zu lösen trachtet. Für den Arbeiter ist es von großem Interesse zu erfahren, wie man in Rußland diese Frage gleich nach der Oktoberrevolution und jetzt bei der neuen ökonomischen Politik behandelt. Der Leiter der Zentralwohnungsabteilung bei der Moskauer Kommunal-Wirtschaftsabteilung stellt uns einen Artikel zur Verfügung, der eine Darstellung darüber gibt, wie die Wohnungsfrage in Rußland geregelt ist.

Das Wohnungsproblem, wie es durch den imperialistischen Krieg aufgeworfen ist, gliedert sich in die Grundfrage des ganzen Wohnungswesens und in die Frage der Wohnungsmiete und der Wohnungsverteilung. Die erste Frage nahm in Rußland folgenden Verlauf: Im Zusammenhang mit der seit 1914 beginnenden Steigerung aller Warenpreise nutzten die Hausbesitzer im Sommer des Jahres 1915 den Zustrom der Flüchtlinge von der Westfront aus, die Wohnungsmieten mit den Warenpreisen in Einklang zu bringen. Auf den energischen Protest der Bevölkerung wurde die Zarenregierung gezwungen, im Interesse des Burgfriedens eine Steigerung der Wohnungsmieten zu verbieten, so daß beim Ausbruch der Oktoberrevolution der effektive Mietpreis die früheren Wohnungsmieten nicht einmal den zehnten Teil überstieg.

Dieses Sinken der Wohnungsmiete hat dazu geführt, daß die Hausbesitzer ihre Häuser vernachlässigten, so daß die Wohnungen immer mehr in Verfall gerieten. Genau so, wie in Deutschland, haben die Hausbesitzer auch in Rußland mit allen Mitteln versucht, das Gesetz der festen Mietpreise zu umgehen oder durch Schiebermanipulationen einen Druck auf die Mieter auszuüben.

Man suchte diesem Mißstand zu begegnen, indem man das Hauseigentum an sogenannte Mietskollektive (Hauskomitees) übertrug. Diese Hauskomitees sind auch von der Sowjetregierung übernommen worden.

Die Beseitigung der Hausbesitzer und die Uebergabe der Häuser in die Hände der Bevölkerung beraubte die Hausbesitzerklasse der Möglichkeit, die Miete für eigene unproduktive Zwecke zu verausgaben. Die von der Bevölkerung bezahlte Miete wurde ausschließlich zu Reparaturen in den Wohnungen verwendet.

Die anti-sowjetistische Presse hat versucht, die Uebernahme der Häuser durch die Mietskollektive für die Zerstörung der Wohnungen verantwortlich zu machen. Tatsächlich jedoch ist der Zerfall der Häuser darauf zurückzuführen, daß diejenigen Industriezweige, die der Wohnungswirtschaft zur Verfügung standen, stillgelegt waren, vor allem das Baugewerbe und das Transportwesen, das zur Sauberhaltung der Wohnungen einen der wichtigsten Faktoren des Erhaltens darstellt. Aber auch der Mangel an Heizmaterial, der das Gefrieren und die Zerstörung der Wasserleitung, der Kanalisation und der Zentralheizung der Häuser nach sich zog, bilden die Ursache für den Verfall der Wohnungen. Wir sehen also, daß das Resultat durch rein objektive Verhältnisse, durch den Welt- und Bürgerkrieg gezeitigt wurde. Die Vergesellschaftung der Häuser hat im Gegenteil dazu beigetragen, daß die Mieten, soweit es die Verhältnisse zuließen, für Instandsetzung der Wohnungen verwendet worden sind.

Augenblicklich, wo die Sowjetmacht in ihrem Streben nach Erleichterung ihrer Organisationsarbeit die Zone der übernommenen Häuser beschränkt, ist durch eine Reihe von Statuten die Garantie gegeben, daß die Wohnungsmieten für produktive Reparaturen verwendet werden. Die Verteilungsorganisation war bestrebt, eine bestimmte Norm an Wohnungsnutznießungsraum für Personen und Familien festzulegen, die leeren und wenig bewohnten Räume für die Wohnungsuchenden [illegible].

In Moskau und anderen Großstädten, wo unter der damaligen Arbeiterbevölkerung wirklich schreckliche Zustände im Wohnungswesen an der Tagesordnung waren, hat man Maßnahmen getroffen, die Arbeiter in besseren Häusern unterzubringen. Reiche Herrenhäuser der Aristokratie, Paläste u. a. wurden in Museen, wissenschaftliche und andere Institute umgewandelt. Wie die Praxis gezeigt hat, ist die Wohnungsverteilungsfrage bei dem gegenwärtigen Wohnungsmangel mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden, jedoch hat die Sowjetregierung es verstanden, auf Kosten der besitzenden Klasse die Wohnungsbedürfnisse Tausender von Arbeitern zu befriedigen, die unter kapitalistischen Verhältnissen elend zugrunde gegangen wären.

Nach der Oktoberrevolution wurden die Wohnungspreise geregelt und mit dem Uebergang zum Naturallohn die Wohnungsmiete abgeschafft. Auch bei dem Uebergang zur neuen Wirtschaftspolitik wird die Sowjetregierung bestrebt sein, die Lasten auf die Schultern derjenigen abzuwälzen, die keine öffentliche produktive Arbeit verrichten.

Die Möbelfrage hat man auf die einfachste Weise gelöst, indem man die Möbel gleich den Häusern enteignet und unentgeltlich verteilt. Augenblicklich werden diese Möbel als Privateigentum anerkannt, mit Ausnahme derjenigen, die sich in Arbeiterkommunehäusern befinden, wo sie als Hausinventar gelten. Flügel, Pianos und dergl. sind dem Kommissariat für Volksaufklärung überwiesen worden, das sie zu gemeinnützigen Zwecken an Klavierlehrer, Schüler, Sänger und dergl. verteilt hat.

Welch riesige Summe von Arbeit von den Wohnungskommissionen geleistet worden ist, geht aus folgenden Zahlen hervor: Im Sommer 1920 sind nur in der Hälfte eines Monats durchschnittlich 9000 Forderungen auf Zimmer eingelaufen, wovon 7500 berücksichtigt werden konnten. Die Verteilung der Zimmer und Wohnungen geschieht durch die Rayon-Wohnungsabteilungen. Die Zentralwohnungsabteilung, die ein Teil der Moskauer Kommunalwirtschaft ist, registriert und verteilt die Räume ausschließlich für Staatsbehörden.

Wir sehen aus Vorstehendem, daß die Sowjetregierung es verstanden hat, trotz der ungeheuren Wohnungsnot, die auch in den Großstädten Rußlands ganz besonders durch die Unmöglichkeit und das Unterbleiben von Reparaturarbeiten herrscht, dieser Wohnungskalamität Herr zu werden, ohne eine Belastung der produktiv tätigen Bevölkerung herbeizuführen. Wenn wir hier einen Vergleich ziehen wollen in der Regelung der Wohnungsfrage in Sowjetrußland und anderen Ländern, so kommen wir zu dem Resultat, daß die Lösung der Frage in den kapitalistischen Ländern sich lange nicht so schwierig gestalten würde, wenn man auf die besitzenden Klassen nur etwas weniger Rücksicht nehmen würde.

Dies wird allerdings erst dann geschehen, wenn die Arbeiterklasse durch die Uebernahme der Macht mit dem Heere der unproduktiven Parasiten auch die Wohnungswucherer zum Teufel jagt.

Anmerkung der Redaktion: Wir halten es für angebracht, bevor wir die Artikelserien „Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues" zu Ende bringen, vorstehenden Artikel zu veröffentlichen, der dem Leser zeigt, daß unsere bereits gemachten oder noch zu machenden Vorschläge durchaus keine theoretischen Spielereien sind. Die russische Sowjetmacht hat bewiesen, daß das Wohnungsproblem gelöst werden kann, wenn das Allgemeininteresse das Privatinteresse verdrängt. Wir werden nochmals auf obige Ausführungen zurückkommen.

Die Arbeitslosigkeit steigt.

Vom städtischen Presseamt wird mitgeteilt:

Der Breslauer Arbeitsmarkt zeigte im Januar ein weniger einheitliches Bild als sonst. Die Bezugsziffern vermitteln einen nur scheinbar günstigeren Eindruck; wenn auch auf 100 offene Stellen 192,7 (statt 208,0 im Dezember) an Arbeitsuchenden kamen und 83,1 Besetzungen (gegen 84,3), so muß leider festgestellt werden, daß die Zahl der Arbeitsuchenden erheblich stieg; von insgesamt 16 906 auf 19 701. Und nur das gestiegene Stellenangebot an Gelegenheitsarbeit (z. B. Schneeabfuhr) brachte eine vorübergehende Erleichterung, so daß ausnahmsweise die Lage für ungelernte Arbeiter sich zeitweilig besserte. Es kamen 231,7 männliche und 97,5 weibliche Arbeitsuchende auf 100 offene Stellen (gegen 844 und 106,3 im Dezember) bei 99,1 und 62,3 Besetzungen (97,9 und 68,7 im Dezember!). Dagegen verschlechterten sich die Verdienstmöglichkeiten für Fabrikarbeiterinnen um rund 100 Prozent (!).

Selbstverständlich hatte das Baugewerbe unter den ungünstigen Witterungsverhältnissen zu leiden. Besonders betroffen waren die Maurer, Putzer und Stuckateure, für die kaum ein Drittel der Vermittlungsmöglichkeiten bestand, wie im Vormonat. Die Zahl der Arbeitsuchenden blieb ziemlich gleich. Auch für die Maler und Anstreicher sank das Stellenangebot erheblich und die Zahl der Arbeitslosen nahm sogar zu, was für die Zimmerer und sonstigen einschlägigen Berufe gleicherweise gilt. Auf 100 offene Stellen entfielen im Baugewerbe 1289,3 Arbeitsuchende und 96,1 Besetzungen, während es im Vormonat nur 523,2 und 96,0 waren. Auch im Holzgewerbe machte sich insbesondere für Tischler wohl die gleiche Ursache für eine Verminderung in der Unterbringungs-

Die Mutter.

Sozialer Roman von Maxim Gorki.

[illegible]) Uebersetzt von Adolf Heß.

„Jawohl, was soll denn?"

„Sprechen Sie doch mit ihr, ob sie die Dinger nicht einschmuggeln will?"

Die Mutter wehrte mit beiden Händen ab:

„O nein! Das Weib ist geschwätzig . . . Nein! Wenn sie erfahren, daß die Sache durch mich . . . aus diesem Hause . . . Nein, nein!"

Und von einer plötzlichen Eingebung überrascht, sagte sie freudig und leise:

„Gebt mir die Sachen, gebt sie mir! Ich richte es schon ein . . . finde schon einen Weg! Ich bitte Marja, daß sie mich als Gehilfin nimmt. Muß ich doch auch leben und arbeiten! Ich werde das Essen hinbringen . . . Ich richte es schon ein!"

Die Hände gegen die Brust gepreßt, versicherte sie, daß sie alles gut ausführen werde und rief triumphierend:

„Sie sollen sehen: Pawel Wlassow ist nicht mehr da, aber seine Hand reicht sogar aus dem Gefängnis heraus. Das werden Sie schon sehen!"

Alle drei wurden lebhaft. Jegor rieb sich kräftig die Hände, lächelte und sagte:

„Das ist famos, liebe Alte. Wenn Sie wüßten, wie fein das ist! Einfach entzückend!"

„Ich setze mich ins Gefängnis, wie in einen Lehnstuhl, wenn die Sache glückt!" meinte Samoilow ganz vergnügt.

„Frau Wlassow, Sie sind eine Schönheit!" krächzte Jegor.

Die Mutter lächelte. Es war klar: wenn jetzt die Flugblätter in der Fabrik erscheinen, mußte die Behörde einsehen, daß ihr Sohn sie nicht verbreitete. Im Gefühl, die Aufgabe verrichten zu können, zitterte sie vor Freude.

„Wenn Sie Pawel aufsuchen," sagte Jegor, „sagen Sie ihm, er hätte eine brave Mutter . . ."

„Ich sehe ihn früher!" meinte Samoilow lächelnd.

„Dann sagen Sie ihm nur, ich führte alles aus, was notwendig wäre! Er soll das wissen! . . ."

„Wenn man ihn aber nicht einsperrt?" fragte Jegor auf Samoilow deutend.

„Nun, dann ist die Sache faul!"

Beide lachten. Und als die Mutter ihr Versehen begriff, begann sie selbst leise und verwirrt, dabei etwas verschmitzt zu lächeln.

„Jeder ist sich selbst der Nächste!" sagte sie, den Blick senkend.

„Natürlich!" rief Jegor. „Was Pawel anlangt, so machen Sie sich keine Sorge und seien Sie nicht traurig. Der kehrt noch besser aus dem Gefängnis zurück, als er vorher war. Da ruht man sich aus und lernt dazu etwas, in der Freiheit hat unsereins keine Zeit dazu . . . Ich habe dreimal gesessen und habe jedesmal, wenn auch kein großes Vergnügen, so doch erklecklichen Nutzen für Leib und Seele davon gehabt."

„Sie atmen aber schwer!" sagte Frau Wlassow mit einem freundlichen Blick in sein schlichtes Gesicht.

„Das hat seinen besonderen Grund," erwiderte er, den Finger in die Höhe hebend. „Also, die Sache ist beschlossen! Wir bringen Ihnen morgen das notwendige Handwerkszeug . . . und dann dreht sich das Rad, das hier die ewige Finsternis zerstören soll, weiter. Es lebe das freie Wort, Alte! Und es lebe das Mutterherz! Aber nun — auf Wiedersehen!"

„Auf Wiedersehen," sagte Samoilow und drückte ihr kräftig die Hand. „Ich kann meiner Mutter mit solchen Sachen nicht kommen."

„Werden schon alle begreifen!" sagte Frau Wlassow, die ihm etwas Angenehmes erweisen wollte. „Also!"

Als die Männer fort waren, schloß sie die Tür, sank mitten im Zimmer auf die Knie und begann zu beten, während draußen der Regen rauschte. Sie betete ohne Worte, nur mit einem großen Gedanken an die Leute, die Pawel in ihr Leben eingeführt. Es war, als zögen sie zwischen ihr und dem Heiligenbilde, auf das sie blickte, vorüber, alle ganz einfach und schlicht und einander ganz nahe und einsam im Leben.

Früh am nächsten Morgen ging sie zu Marja Korssunowa.

Die Krämerfrau, wie immer, schmierig und geschwätzig, begegnete ihr freundlich und mitfühlend.

„Hast Kummer?" fragte sie, mit ihrer fetten Hand die Mutter auf die Schultern schlagend. „Gräm dich nicht drum! Haben ihn gepackt, weggeführt, was ist weiter dabei! Ist jetzt weiter kein Unglück! Früher wurden die Leute wegen Diebstahl ins Gefängnis geworfen, jetzt fängt man an, sie wegen der Wahrheit einzusperren. Vielleicht hat Pawel etwas zu viel gesagt, aber er ist doch für alle eingetreten — und alle verstehen ihn. Da mach dir keine Sorge! Nicht alle sagen, aber alle wissen, was gut ist . . . Ich habe schon zu dir gewollt, habe aber niemals Zeit. Muß immer kochen und handeln und sterbe doch schließlich bettelarm. Die Liebhaber plündern mich aus, die verdammten Kerle. Die höhlen alles aus, wie Schaben einen Laib Brot . . . Hat man ein Dutzend Rubel zusammen, so kommt so ein [illegible] und — futsch ist das Geld . . . ja, ja. Ist ein Elend, eine Frau zu sein! Verfluchtes Gewerbe! Allein bleiben ist schwer und für zwei langt es nicht!"

„Ich wollte dich bitten, mich als Gehilfin anzunehmen!" sagte Frau Wlassow, ihren Redestrom unterbrechend.

„Wieso?" fragte Marja, und, nachdem sie die Freundin angehört, nickte sie beifällig.

„Das geht. Weißt du noch, daß du mich früher einmal vor meinem Mann versteckt hast? Nun, jetzt werde ich dich vor Not schützen . . . Dir müssen alle helfen, denn dein Sohn geht fürs allgemeine Wohl zugrunde. Er ist ein braver Bursche, das sagen alle wie ein Mann, und alle bedauern ihn. Ich sage, der Behörde bringen diese Verhaftungen nicht viel Freude; paß auf, was in der Fabrik geschieht. Da werden schon böse Reden geführt. Die Behörde denkt — wenn sie nur ein paar beim Wickel kriegt, so ist alles in Ordnung! Aber die Sache läuft so ab, daß Hunderte sich erheben, wenn man ein Dutzend packt. Die Arbeiter soll man vorsichtig behandeln, die haben eine lange Geduld, aber schließlich reißt auch die . . ."

(Fortsetzung folgt.)

Beweglichkeit bemerkbar. (154,1 gegen 183,0 Arbeitsuchende auf 100 offene Stellen). Sattler und Tapezierer waren ebenfalls wieder in steigendem Maße arbeitslos. Im Bekleidungsgewerbe trat für Frauen eine leichte Besserung, für Männer eine Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkte ein. Die Zahl der arbeitslosen Bäcker war erheblich geringer als im Vormonat, doch ging auch das Stellenangebot sehr zurück. Für das übrige Nahrungsmittelgewerbe blieb die Lage unverändert, ebenso für das Metallgewerbe.

Im Handel war das Umgekehrte der Fall wie im Vormonat; die Vermittlungsmöglichkeit für männliches Personal war ungünstiger, die für weibliches günstiger als im Dezember. Es kamen auf 100 offene Stellen 370,1 Bewerber (gegen 309,4) und 156,8 Bewerberinnen (gegen 186,4) bei 54,1 (72,6) und 50,8 (45,0) Besetzungen. Naturgemäß wurden nur wenige Breslauer in die Landwirtschaft überführt, insgesamt 43 Personen, gegen 71 im Dezember. Von den 1059 arbeitslosen Kriegsverletzten (darunter 399 Schwerverletzte) wurden 80 (darunter 59 Schwerverletzte) vermittelt.

Neues vom Tage.

Wenn ein Lynchmord in Amerika bestraft wird.

Aus Neuyork wird gemeldet: Die Justiz hat eine große Tat vollbracht. Das Gericht in Oklahoma City hat drei Weiße, die einen Neger gelyncht hatten, zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Was will man noch mehr? Geht nicht jetzt die amerikanische Justiz rücksichtslos vor, um die Barbareien gegen die Neger auszurotten? Leider hatte der Fall einen Haken. Der Neger, der da gelyncht wurde, war nämlich ein Streikbrecher, und die drei Weißen waren Arbeiter. Der Lynchmord an sich soll nicht beschönigt werden, aber wenn dieser Neger nicht zufällig ein Organ der kapitalistischen Ordnung gewesen wäre, hätte er keine Rächer bei der amerikanischen Justiz gefunden.

Automobile und Champagnerwein.

Dem allgemeinen Rückgang der Produktion in Deutschland, der Landwirtschaft und Industrie stehen zwei Industrien gegenüber, die ihre Produktion stark haben steigern können. Das ist für das erste die Automobilindustrie, die in den beiden letzten Jahren in Deutschland derartig flott gearbeitet hat, daß es in Deutschland erheblich mehr Privatautomobile gibt, als in der Vorkriegszeit.

Das ist zweitens die Champagnerindustrie. Hier wurden im Jahre 1919 insgesamt 15,7 Millionen Flaschen Champagner erzeugt, das sind 2,8 Millionen Flaschen mehr als im Friedensjahr 1913. Die Produktion von Champagner 1920 und 1921 war etwa ebenso groß wie 1919.

Es gibt zwar heute wenig Brot und keine Kartoffeln, weil die landwirtschaftliche Produktion um mehr als die Hälfte gegenüber der Vorkriegszeit zusammengeschrumpft ist, es besteht eine große Kohlenknappheit, weil die Kohlenproduktion um 20 Prozent geringer ist als in der Vorkriegszeit; aber die Arbeiter können nunmehr mit frohem Bewußtsein feststellen, daß, wenn sie selbst auch hungern und frieren müssen, doch jeder Kapitalist, Schieber und Spekulant im eigenen Auto zum Champagnergelage fahren kann.

Lokales.

Das „unmoralische" Volk.

In allen Tonarten wird jetzt über die Verwilderung des Volkes geklagt. Die Kriminalitätsziffern steigen, die Jugend ist ohne Zucht und Sittsamkeit, der Untergang der Kultur ist sicher nahe: So stöhnt das „gebildete" Bürgertum.

Und die Ursache dieses moralischen Verfalls?

Natürlich die Revolution! Es herrscht ja keine Autorität und keine Furcht mehr, nicht einmal vor der Pickelhaube. Alle früheren ehrfürchtig angestaunten Symbole der „höheren" Gewalt und Ordnung liegen im Staub, alle Heiligtümer verbrochen. Wie kann es da anders sein, anders werden!

Und die Rettung! Die Monarchie allein vermag Rettung zu bringen. Die schwarz-weiß-rote Flagge und die Pickelhaube. Dazu noch die Bekenntnisschule, was dann noch zu tun übrig bleibt, das wird von der Klassenjustiz besorgt — und zwar gründlich.

Es ist der deutsche Philister, wie ihn schon Heinrich Heine schilderte: „Ein hohler Darm, voll Furcht und Hoffnung, daß Gott erbarm!" Politisch versimpelte Autoritätsgläubige, vertierte Machtanbeter, die auf eigene Geistesarbeit verzichten.

Ist es wirklich so schwer, die wahren Ursachen des moralischen Verfalls und die Mittel zu finden, seiner weiteren Ausdehnung erfolgreich vorzubeugen?

Die Kriminalitätsziffer steigt mit den Preisen der Lebensmittel. Es ist eine so alte Wahrheit, daß man glauben sollte, sie müßte endlich auch dem blödesten Kopf einleuchten. Aber in diese stockfinstere Nacht dringt kein Licht mehr.

Es ist den Besitzenden unangenehm, an die durch die Politik ihrer Parteien geschaffenen Tatsachen erinnert zu werden.

Sollen wir immer und immer wieder wieder das Kapitel: Krieg, Schleichhandel, Schiebertum und Brotwucher aufziehn? Wir müssen es!

Was hat die Zucht der Schuljugend gelockert? Fragt doch die Lehrer, was sie während des Krieges mit den ihnen anvertrauten Kindern für den Tag schaffen mußten! Statt des Unterrichts mußten sie Laubheu einholen, Brennesseln und was sonst noch sammeln gehen. Es war eine patriotische Tat, die Schule zu schwänzen und Brennesseln zu sammeln. Mit einer Handvoll Brennesseln fanden die Jungens und Mädchens Vergebung aller Schwänzereien und Flegeleien. Oh, es war eine große Zeit!

Die Mütter hungerten mit ihren Kindern, um den Feldgrauen etwas schicken zu können. Der Vater schrieb aus dem Felde von dem, wie es die „Großen" „trieben" und wie diese, während der Vater verlaust drin im Dreck lag, hinten im sicheren Unterstand lebten.

Wie draußen geschoben wurde, die Kranken — besonders in der Etappe — die bürgerliche Moral ihr wahres Gesicht zeigte, alles das wirkte auf die „Draußen" wie auf die „Drinnen". Wie das auf unterernährte Menschen wirken mußte!

Dann kamen die prophezeiten „herrlichen Zeiten". Arbeitslosigkeit, Wohnungselend, Preissteigerungen auf allen Gebieten und kein Verständnis für die Bedürfnisse der in ihrer Existenz bedrohten Proletarier.

Auf der anderen Seite wachsender Reichtum, Leben und Prunken im Ueberfluß. Klaffende Gegensätze!

Hier nur Ersatznahrungsmittel zu kaum erschwingbaren Preisen — dort Naturprodukte zu jedem Preis!

Hier statt der Leinen- und Baumwollstoffe im Wäscheschrank nicht genug Geld zum Papierstoff.

Dort Samt und Seide und hochmütiges Protzen.

Ja, Herrschaften, das alles ergibt eine Moral!

Und doch ist das Bild lange nicht vollständig.

Man blicke auf unsere ältere Arbeitergeneration, auf unsere ausgehungerten, nicht mehr arbeitsfähigen alten, braven Arbeitermütter und Arbeiterväter, die sich schämen, ihr unbeschreibliches Elend zur Schau und auf den Lippen zu tragen.

Und dann schweigt von eurer Moral, ihr Satten! Verteidigt alle Geldsäcke, wenn ihr ohne diese nicht leben könnt. Uns aber laßt den Glauben an die Menschheit! Das Proletariat wird sich befreien und die Massen retten!

Trotz alledem!

Stadtverordnetensitzung.

Breslau. In der Sitzung am 16. Februar kam es anläßlich der Vorlage zur Erhöhung der Hundesteuer zu einem Zwischenfall. Die Zentrumsabgeordnete, Fräulein Noack, war entschieden gegen die Vorlage. Sie legte sich warm ins Zeug für sämtliche Möpse, Rehpinscher usw. und sprach den Hunden eine große erzieherische Wirkung auf die Kinder (!) zu. Von sozialdemokratischer Seite wurde mit Recht betont, daß die Hunde keinen genügenden Schutz gegen Einbrecher bieten, daß die Vorlage infolge der schlechten Finanzlage angenommen werden müsse.

Der deutschnationale Stadtverordnete Dr. Bujakowski erlaubte sich die Unverschämtheit, der linken Mehrheit (der sozialdemokratischen Fraktion) vorzuwerfen, daß ihr Standpunkt verständlich sei, da sie das Eigentum weder schütze noch schätze. (So ein Undankbarer!). Die SPD.-Stadtverordneten Frey und Rasch machten Zwischenrufe, und der „unparteiische" Vorsitzende Heilberg (dem die SPD.-Fraktion aus Großmut oder Feigheit den Posten des Stadtverordnetenvorstehers überließ) rief nicht etwa den deutschnationalen Bujakowski, sondern die Sozialdemokraten zur Ordnung.

Die Erhöhung der Hundesteuer wurde dann gegen 10 Stimmen beschlossen, so daß in Zukunft für den ersten Hund 400 Mark Steuer, für den zweiten 800 Mark, für den dritten 1200 Mark usw. Steuer gezahlt werden müssen.

Die Erhebung einer Nachsteuer zur Gewerbesteuer wurde dem Ausschuß VIII überwiesen. Dabei kam zur Sprache, daß der Magistrat bei der städt. Kohlenverteilung einen Gewinn von 8½ Millionen Mark erreicht habe. Der Magistrat gab eine ganz unklare und ausweichende Antwort. Es scheint notwendig, daß da mal hineingeleuchtet wird. Wie wir kürzlich durch die Zuschrift eines kleinen Kohlenhändlers sagten, wird allen Ernstes von diesen Kreisen behauptet, daß der Magistrat ganz ungeheuerliche Gewinne durch die billig ein- und teuer verkaufte Kohle eingesteckt habe. Die Stadtverordneten sollten sich nicht so schnoddrig abspeisen lassen, insbesondere die SPD., die die Mehrheit hat, müßte auf restlose Aufklärung und sofortige Abstellung dringen. Es geht nicht gut an, daß eine Behörde die Bevölkerung bewuchert.

Als Dringlichkeitsantrag wurde über die Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise verhandelt. Nach längerer Aussprache, in der besonders auf das Defizit der Straßenbahn, das bis Ende Dezember 1 800 000 Mark betrug, hingewiesen wurde, fand die Vorlage in folgender Form Annahme:

Die neuen Fahrpreise betragen:

am Tage, ohne Umsteigen	1,30 M.
am Tage, mit Umsteigen	2,— "
über die Tarifgrenze, ohne Umsteigen	2,— "
über die Tarifgrenze, mit Umsteigen	3,— "
Nach 9 Uhr, ohne Umsteigen	2,— "
ohne Tarifgrenze, mit Umsteigen	3,— "
Nach ½12 Uhr, ohne Umsteigen	3,— "
ohne Tarifgrenze, mit Umsteigen	4,— "
Achterkarten, gültig bis 9 Uhr, auch Sonntag	
gewöhnliche	11,50 "
für Kriegsverletzte	6,— "

Zum Schluß wurden eine Menge kleiner Vorlagen teils ohne, teils mit kurzer Aussprache angenommen.

Die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung fällt am Donnerstag, den 23. d. M. aus.

Einigung zwischen Magistrat und Theaterangestellten.

Durch beiderseitiges Entgegenkommen ist der seit längerer Zeit zwischen dem Magistrat und den Theaterangestellten bestehende Streitfall beigelegt worden. Die Verhandlungen sind unverzüglich aufgenommen worden.

Bestandsaufnahme von Mehl, Backwaren usw.

Auf Grund des § 20 der Mehl- und Brotordnung für den Stadtkreis Breslau vom 12. August 1921 werden sämtliche Bäcker und Mehlkleinhändler, die Mehl von der Reichsgetreidestelle verbacken oder abgeben, aufgefordert, ihre am 19. Februar d. J. bei Geschäftsschluß vorhandenen Bestände an R.G.-Mehl, Backwaren, Brotmarken, Lieferungsbescheinigungen usw. auf vorgeschriebenem Vordruck an die Stadtverteilungsstelle, Blücherplatz 6/7, II., Zimmer 13 anzuzeigen. Der Vordruck ist mit einem Anschreiben den Anzeigepflichtigen von der Stadtverteilungsstelle zugestellt worden. Anzeigepflichtige, die den Vordruck nicht erhalten haben sollten, werden aufgefordert, ihn sich dort abzuholen.

Bevölkerungsbewegung im Monat Januar 1922.

Fortgeschriebene Bevölkerung am 31. Dezember 1921 566 633, Zahl der Geborenen (ausschl. Totgeborene) 1001, Zahl der Gestorbenen (ausschl. Totgeborenen) 967, Geburtenüberschuß 34, Zahl der von auswärts Zuziehenden 4869 (darunter Haushaltungen 194, Einzelpersonen 3783), Zahl der nach auswärts Verziehenden 3037 (darunter Haushaltungen 171, Einzelpersonen 3121), Wanderungsgewinn 732, Bevölkerungszunahme 766, Fortgeschriebene Bevölkerung am 31. Januar 1922 567 399.

Freiburg.

Bildungsausschuß der freien Gewerkschaften.

Die Genossen und Genossinnen sind an dieser Stelle schon wiederholt aufmerksam gemacht worden darauf, die Veranstaltungen ihrer eigenen Organisationen zu besuchen. Die bürgerliche Gesellschaft sieht es wohl gern, wenn man ihnen zur Auffüllung ihrer Kasse ein volles Haus macht. Sie lehnt es aber ab, sonst mit dem Plebs in Berührung zu kommen.

Der Bildungsausschuß der organisierten Arbeiterschaft veranstaltet am 22. Februar einen schlesischen Abend. Die gewonnenen Kräfte geben die Gewähr, daß jeder auf seine Kosten kommt. Sorge aber jeder dafür, daß der Saal voll wird. Geboten werden Lieder zur Laute, Erzählungen und Rezitationen.

Die Genossen seien außerdem aufmerksam gemacht auf die große Bibliothek des Gewerkschaftskartells. Bücher aus allen Wissensgebieten, auch schöne Unterhaltungsliteratur können sie kostenlos erhalten. Kataloge zum Preise von 2 Mark können bei jedem Funktionär gekauft werden. Bei den hohen Preisen, die für Bücher jetzt gezahlt werden müssen, ist den Genossen und ihren Familienangehörigen dieser Gelegenheit nicht genug zu empfehlen.

Bildungsausschuß.

Mittwoch, den 22. Februar 1922, abends 7 Uhr, findet im Gasthof zum Anker ein „Schlesischer Abend" statt. Billetts im Vorverkauf bei den Vertrauensleuten.

Langenbielau.

Gasvergiftungen.

In einigen Grundstücken an der Webschulstraße ereigneten sich eine Anzahl schwerer Gasvergiftungen. Es wurden in verschiedenen Wohnungen Personen im besinnungslosen Zustande aufgefunden, die durch ausströmendes Gas betäubt waren, in einzelnen Fällen sogar in Wohnungen, in denen überhaupt kein Gasanschluß vorhanden ist. Bisher sind acht derartige Vergiftungsfälle festgestellt, insbesondere schwer bei einer Frau, die auch nach der Ueberführung in das Krankenhaus noch nicht in das Bewußtsein zurückgebracht werden konnte und bedenklich darniederliegt. Auch in dem von ihr bewohnten Grundstück ist kein Gasanschluß vorhanden, so daß es sich um einen Defekt in der Straßenleitung und um ein Eindringen von Gasen aus dem Erdreich in die Häuser handeln muß.

Waldenburg.

Die wissenschaftliche Arbeitsgemeinschaft e. V.

(Freie Hochschule für Volksbildung) eröffnet folgende neuen Kurse:

1. für Organisations-Wissenschaft (besonders wichtig!), Arbeitszeiten Sonnabends von 6 bis 8 Uhr Uhr, Montags von 5 bis 7 Uhr, 16 Wochen;
2. für Physiologie des Menschen, Arbeitszeiten: Sonntag nachm. von 4 bis 5 Uhr, Montag abends von 8 bis 9 Uhr, 15 Wochen;
3. für Chemie (mit Experimenten): Montag abends von 9 bis 11 Uhr, Sonnabend vorm. von 9 bis 11 Uhr, nachmittags von 4 bis 6 Uhr, 6 Wochen, bei bei großer Teilnehmerzahl länger;
4. Deutscher Sprachkursus, Montags von 6½ bis 8 Uhr, und von 9 bis 10½ Uhr, 13 Wochen;
5. Gitarrenkursus, Sonntags von 1½ bis 4 Uhr, 13 Wochen.

Den Genossen werden laut Vereinbarung dieselben Honorarermäßigungen gewährt wie den Mitgliedern der W.A.

Lauban.

Blamiert.

Eine große Blamage holte sich die hiesige Stadtverordnetenfraktion der SPD. in der Sitzung vom 10. Februar. Die Leuchte ihrer Fraktion Leske interpelliert nach Erledigung der Tagesordnung den ersten Bürgermeister Martius wegen der Streikbrecherarbeit des Gaswerksdirektors Krause beim letzten Eisenbahnerstreik.

Der Bürgermeister fand eine formelle Begründung für die Handlungen Krauses, der gerade während des Eisenbahnerstreiks durch den ersten Bürgermeister acht Tage Urlaub erhielt. — Der SPD. gab er eine Abfuhr, die wir wörtlich dem Laubaner Tageblatt" entnehmen und die wir nicht in der Lage sind, besser zu fassen: „Die Technische Nothilfe ist kein Privatunternehmen, sondern eine Reichsorganisation; sie untersteht dem Reichsminister des Innern und war von diesem aufgeboten worden, der in politischer Beziehung dem Fragesteller nahesteht."

Wahrlich, tief gesunken! Eine Schande für eine Partei, wenn sie mit ihren eigenen Handlungen von dem Bürgertum mundtot gemacht wird! Wer war wohl der Begründer der Technischen Nothilfe? Er hieß Paul Krüger, ist in Berlin Stadtverordneter und tätiges Mitglied der SPD. Goethes Wort ist hier am Platze:

„Es tut mir in der Seele weh',
Wenn ich dich in der Gesellschaft seh'."

Verantwortl. Redakt.: Erich Gentsch; Inserate: Max Zschocher.
Verlag: Produktivgenossenschaft für die Prov. Schlesien, e.G.m.b.H.
Druck: Püffel & Danigel, sämtlich in Breslau.

Schauspielhaus
Heute und täglich 7½ Uhr: Die Braut des Lucullus

Zahle für alle Altmetalle höchsten Preis.

Wiederverkäufer
kaufen billig und gut Socken, Hemden, Unterhosen, Taschentücher, Garne, Zwirne, Kurzwaren

Genossen!
Kauft nur in den Geschäften, die bei uns inserieren.

G. SINOWJEW:
Alte Ziele Neue Wege
(Ueber die proletarische Einheitsfront)
Die Taktik der Kommunistischen Internationale
(Rückblick auf die Arbeiten des III. Weltkongresses der K. I.)
Verlag Carl Hoym Nachf., Louis Cahnbley, Hamburg

Anzüge, Cutaways, Raglans, Schlüpfer, gestreifte Hosen,
Verkaufshaus feiner Herrengarderobe
Berthold Schubert, Gartenstrasse

Möbel liefert überall hin
Gen. Wenzel, Tischlermeister
Lohnwasser, Kreis Waldenburg

Parteigenossen
decken ihren gesamten Bedarf an kommunistischer Literatur, Jugendschriften, Unterhaltungsblätter in der
Kommunistischen Bücherei
Breslau